

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 24

Charlottenburg, Freitag, den 17. Juni 1910

Jahrg. 37

Sperren

Bollsperrern in Deutschland: Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H.) Colditz (A.-G.). Glas (Kachwalst). Ilmenau (Schumann & Klett). Mannheim. Ottendorf-Drilla (August Waltherr). Weiswasser (August Schweig & Co.)

Halbsperrern in Deutschland: Altmasser (E. Tielsch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Seene, Eckert & Menz). Königszelt. Langwieschen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Selb (L. Huttschneuther inkl. Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brüx (Steingutfabrik von Karl Spitz). Frainersdorf (P. A. Wranitzky). Svijan-Podol (Knydl & Thon). Bel-Appatfala Ungarn (Proschinstky). Eulau (Gebr. Mehner).

Die Verteuerung der Lebensmittel.

Durch die unsinnige Zoll- und Steuerpolitik, die in den letzten Jahren bei uns in Deutschland getrieben worden ist, wird die arbeitende Bevölkerung am schwersten getroffen. Fortwährende Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel ist die Folge dieses wahnwitzigen Treibens. Unberechenbar ist das Elend, die Not und Sorge tausender Familien, die oftmals lange Arbeitslosigkeit erleiden müssen. Es war voraus zu sehen und ist auch wiederholt hervor gehoben worden, was für Folgen die reaktionäre Steuer- und Zollpolitik haben werde. Es ist das Vorausgesagte nicht nur eingetroffen, nein, es ist noch ganz gehörig überholt worden. Nun weiß ja fast jeder aus eigener Erfahrung, wie die Lebensmittelpreise in den letzten Jahren gestiegen sind. Es soll hier erneut durch einwandfreies statistisches Material die Tatsache festgestellt werden, daß selbst amtlich die Steigerung der Lebensmittel bestätigt wird. Das „Reichs-Arbeitsblatt“ brachte in Nr. 4 dieses Jahres eine Darstellung der Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1909. Wir entnehmen derselben die wichtigsten Zusammenstellungen.

Die Preise für Fleisch unterschieden sich in den verschiedenen Städten ganz gewaltig. Zum Beweise einige Zahlen aus dem Jahre 1909:

Ort	Rindfleisch		Schweinefl.		Kalbfleisch	
	Pfg. pro kg		Pfg. pro kg		Pfg. pro kg	
	Jan.	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.	Dez.
Breslau	173	180	154	181	172	176
Berlin	160	163	148	164	175	192
Dresden	194	195	178	190	189	192
Hannover	152	153	139	160	174	182
Kiel	144	141	145	154	193	189
München	172	172	170	180	146	142
Mannheim	158	160	170	180	178	180
Stuttgart	160	160	170	180	164	170

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die Preise ganz erheblich gestiegen sind. Auffallend ist die verschiedene Preislage; sie beträgt bis zu 40 Pfg. pro Kilogramm Differenz. Eine weitere Zusammenstellung sei in folgendem Bilde veranschaulicht:

	1906	1907	1908	1909
	Pfg. pro kg	Pfg. pro kg	Pfg. pro kg	Pfg. pro kg
Rindfleisch I	162	162	158	168
Rindfleisch II	138	138	134	134
Schweinefleisch	169	151	151	161
Kalbfleisch	165	164	160	174
Lammfleisch	159	162	159	166

Dies sind Mittelpreise aus verschiedenen Markttorten, woraus wieder zu ersehen ist, daß das Jahr 1909 bedeutend höhere Preise aufzuweisen hat. In bezug auf das Schlachtgewicht aus den gewerblichen Schlachtungen ist zu erwähnen, daß dieses pro Kopf der Bevölkerung um 0,23 kg geringer ist als im Vorjahre. 1908 war eine Erhöhung um 1,07 kg aufzuweisen. Besonders hervor gehoben wird das Schweinefleisch. Dasselbe übersteigt rund die Hälfte des gesamten Fleischbedarfs. Das Schlachtgewicht ergibt hier pro Kopf der Bevölkerung pro 1908 22,28 kg, pro 1909 20,67 kg. Der Gesamtverbrauch einschließlich des eingeführten Schweinefleisches (inklusive Schweinefett) betrug pro Kopf: 1908 32,35 kg, 1909 30,58 kg. Demnach hat eine Abnahme von mehr als 1³/₄ kg auf den Kopf stattgefunden. Der Verbrauch an Pferdefleisch hat dagegen zugenommen, was aus den gewerblichen Pferdeschlachtungen hervor geht. Dort stellt sich das Verhältnis pro Kopf der Bevölkerung folgendermaßen: 1908 0,51 kg 1909 0,56 kg.

Auch die Butterpreise weisen außerordentliche Schwankungen auf. Interessant ist folgende Zusammenstellung:

Ort	Butter für ein Kilogramm in Pfennigen			
	Januar	April	Septemb.	Dezember
Breslau	252	243	250	260
Berlin	255	260	260	280
Hannover	255	250	280	295
Kiel	242	258	285	292

Die Erhöhung beträgt bis zu 50 Pfg. pro Kilogramm im Monat Dezember 1909 gegen Januar 1909.

Eine Zusammenstellung von 69 Markttorten Bayerns ergibt folgende Durchschnittspreise:

	1907	1908	1909
	Pfg.	Pfg.	Pfg.
1/2 kg Roggenbrot	15	16	16
50 " Kartoffeln	309	277	297
1 Liter Milch	17	18	18
1/2 kg Butter	109	112	116
Eier, Stück	16	16	14
1/2 kg Roggenmehl, fein	17	17	17
1/2 " " gewöhnlich	15	16	16
1/2 " Weizenmehl, fein	21	22	23
1/2 " " gewöhnlich	18	19	20
1/2 " Schmalz	112	114	121

Zu dieser Tabelle schreibt das „Reichs-Arbeitsblatt“: „Mit Ausnahme von Eiern, die billiger geworden sind, sowie von

Roggenbrot, Milch, feinem und gewöhnlichem Roggenmehl, die ihren Preis behalten haben, sind hiernach die übrigen aufgeführten Nahrungsmittel im Jahre 1909 teurer gewesen als im Vorjahre."

So wenig ausgedehnt die vorgenführte Statistik ist, so liefert sie doch den Beweis einer ganz bedeutenden Preissteigerung. Es bleibt somit dem aufgeklärten Arbeiter nur der eine Weg übrig: Mit allen Kräften für den Ausbau seiner Organisation zu sorgen, um bessere und erträglichere Zustände herbei zu führen.

Die Proletarisierung des deutschen Volkes.

Ueber die Proletarisierung des Volkes, Beruf, soziale Schichtung und Betrieb im Deutschen Reiche sprach in Dresden der Präsident des Statistischen Reichsamtes in Berlin, Herr Dr. van der Borcht. Einleitend bezeichnete es Redner als vorteilhaft, wenn ständige und regelmäßige Berufszählungen erfolgen könnten, zumal bei der jetzigen Zählung, die sich nur auf einen Tag beschränkten, Augenblicksbilder gewonnen würden. Das Berufsleben sei in der Statistik in 218 Berufsarten eingegliedert worden; trotz dieser großen Zahl sei es unmöglich, in gewisse feinere Ästchen des Erwerbsebens hinein zu leuchten.

Die letzte deutsche Berufszählung vom Juni 1907 beschäftigte sich mit den Erwerbstätigen; dazu rechne sie auch die berufslosen Selbständigen. Deren Zahl habe sich soweit sie ihr Einkommen aus eigenem Vermögen, aus Pension oder Rente beziehen, wesentlich gesteigert, während die derjenigen, die von Armenunterstützung leben, erheblich zurück gegangen sei, auch in der Grundzahl. Schalte man die berufslosen Selbständigen aus, so ergebe sich, daß die Zahl der Erwerbstätigen von 17 $\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1882 auf 28 $\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1907 gestiegen ist, ein Beweis von dem außerordentlichen Steigen der Betriebsamkeit. Daran sei aber nicht die Landwirtschaft, sondern namentlich das Gewerbe und vor allem Handel und Verkehr beteiligt. Immerhin sei die Landwirtschaft als Ganzes auch jetzt noch der größte Beruf; während sie aber 1882 noch zwei Fünftel aller Erwerbstätigen umfaßte, waren es 1907 nicht mehr ganz drei Zehntel. Auch in der Grundzahl habe die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft abgenommen. Der Rückgang der Landwirtschaft als Berufszweig sei also ganz unverkennbar; dabei komme noch in Betracht, daß man diesmal die Zahl der in ihr beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte genauer als 1895 erfaßt habe, so daß insoweit der Zuwachs mehr rechnerischer Art sei.

Während 1882 die Landwirtschaft die gewerbliche Abteilung noch bedeutend überragte, sei letztere jetzt weit über die Landwirtschaft hinaus gewachsen; sie habe drei Achtel des gesamten Erwerbsebens aufgenommen, Handel und Verkehr etwa ein Viertel und die Landwirtschaft den verschwindenden Rest. In dessen müsse man bedenken, daß die Berufszählung noch nicht vergleichbar ist mit dem Umkreis der wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen. So gebe es 2 $\frac{1}{4}$ Millionen Erwerbstätige, die im Nebenberuf Landwirtschaft betreiben, die sich aber zum Beispiel zu drei Fünfteln allein aus Handel und Verkehr rekrutieren. Auf dem Lande lebten überhaupt weit mehr Gewerbetreibende als allgemein angenommen werde, fast ein Viertel der Gesamtheit. Das komme daher, daß viele Gewerbe an den Fundort gebunden sind, wie der Bergbau, die Metallindustrie usw.

Eine eigenartige Entwicklung haben die Großstädte angenommen. Von Jahr 1882 nun 15 betrug, 1891 aber bereits 28 und 1907 sogar 41. Die Großstädterbevölkerung sei seit 1882 um das Zweieinhalbfache gestiegen und mache jetzt fast ein Fünftel des gesamten deutschen Volkes aus. Diese kolossale Zunahme entfalle fast ausschließlich auf die erwerbstätige Bevölkerung. — Während 1882 das weibliche Element über 51 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, betrug es im Jahre 1907 nicht mehr ganz 50 $\frac{2}{3}$ Prozent, es habe sich also langsamer vermehrt als das männliche. Das weibliche Element sei in die meisten Berufe eingedrungen, in vielen sogar habe die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen die der männlichen bei weitem überflügelt. Die Zunahme erstreckte sich aber nicht auf die Diensthöfen und das Gesinde, sondern auf die Gütererzeugung, den Güterumsatz und die freien Berufe. Sie sei hier auf drei Millionen angewachsen. Immerhin stelle noch die Landwirtschaft das stärkste Kontingent der weiblichen Erwerbstätigen. Interessant sei auch, daß von 100 männlichen Erwerbstätigen im Durchschnitt 18 Nebenbeschäftigung haben, von 100 weiblichen dagegen nur 6. Das erkläre sich daraus, daß die Frauen meist ihre freie Zeit im Haushalt verwenden. Fast ein Viertel der Frauen stehe heute im Erwerbseben.

Bei Beurteilung der gesellschaftlichen Gliederung unterscheide man drei Gruppen von Erwerbstätigen: die Selbständigen, die

Betriebs- und Kontorbeamten und die Arbeitskräfte. Die Statistik ergebe vor allem, daß das Selbstständigwerden überall immer schwerer falle, selbst im Handel und Verkehr. Die Zahl der Selbständigen hat überall abgenommen, im Gewerbe und in der Landwirtschaft sogar in der Grundzahl. Eine außerordentlich starke Zunahme (seit 1882 zirka 1 Million) hat die Gruppe der Kontor- und Betriebsbeamten aufzuweisen; ihre Zahl stelle sich jetzt auf 1 300 000 Personen. Eine Zusammenfassung der Berufsangehörigen zeige, daß von der Bevölkerung 27,2 Prozent Selbstständige, 5 Prozent Kontor- und Betriebsbeamte und 52 $\frac{1}{2}$ Prozent Arbeitskräfte sind. Die Arbeitskräfte überwiegen also bei weitem; allerdings seien dabei die mithelfenden Familienangehörigen eingerechnet, die oftmals mit dem Unternehmer verwandt seien und deshalb diesem mit zugerechnet werden müßten. Das sei namentlich in der Landwirtschaft der Fall. Scheide man diese aus, dann blieben nur zwei große Gruppen übrig, die Unternehmer und die Arbeiter, die aufeinander angewiesen sind, aber doch bei Gestaltung der Arbeitsbedingungen in schwere wirtschaftliche Kämpfe geraten. Im Gewerbe stehen 18 $\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitern 13 Millionen Unternehmer und im Handel und Verkehr 4 Millionen Arbeitern 3 $\frac{1}{2}$ Millionen Unternehmer gegenüber; in der Landwirtschaft überwiegt dagegen durch den kleinen Bauernstand das Unternehmertum. Insgesamt gibt es 28 Millionen Arbeiter oder 45 $\frac{1}{3}$ Prozent der Gesamtbevölkerung auf der einen und 16,4 Millionen Unternehmer oder 26 Prozent der Bevölkerung auf der andern Seite. Ueber 70 Prozent der Gesamtbevölkerung nehmen also an der Auseinandersetzung der Interessengestaltung teil; das zeige, wie gefährlich es sei, die Sache nur durch die einseitige Brille zu betrachten. Deshalb müsse versucht werden, in ausgleichendem Sinne zu wirken; ob dieses gelingen werde, sei freilich eine andere Frage. Die Zahl der weiblichen Selbständigen spiele nicht die Rolle, wie sie vielfach angenommen, ihre Zahl sei sogar seit 1895 zurück gegangen. Dagegen haben die weiblichen Erwerbstätigen in der Gruppe der Kontor- und Betriebsbeamten ganz wesentlich zugenommen. Immerhin könne man auch hier jetzt noch in der Hauptsache von Männerarbeit sprechen.

Was die landwirtschaftlichen Betriebe anbelangt, so sei bemerkenswert, daß die landwirtschaftlich benutzte Fläche der Großbetriebe kleiner, die der Mittel- und Kleinbetriebe dagegen erheblich größer geworden ist. Ueber 70 Prozent der Gesamtfläche entfallen auf die Bauernbetriebe; von denen hänge die Bodenbearbeitung ab, sie seien die eigentlichen Träger der Bodenbewirtschaftung, des Feldfruchtbaues und der Viehzucht. Auf die Großbetriebe entfällt noch nicht ein Viertel, auf die Kleinbetriebe ein Siebzehntel der Gesamtfläche. Die Großbetriebe (mehr als 100 Hektar Land) haben an Zahl und Fläche abgenommen, besonders die Großgrundherrschaften in Ostdeutschland; immerhin gibt es deren noch 369. Diese haben an Fläche eine halbe Million Hektar verloren, sind aber immer noch Riesensbetriebe. Im Durchschnitt haben sie 1880 Hektar Bodenfläche.

Am Schluffe seiner Ausführungen wies Redner noch darauf hin, daß die Zahl der Betriebe insgesamt langsamer gewachsen ist, als die der Arbeitskräfte, daß dafür aber die Betriebe, und namentlich die Großbetriebe immer größer geworden sind. Das Erwerbseben wachse immer mehr in die großen Betriebsformen hinein; besonders im Erwerbseben sei die Aufwärtsbewegung stark. Die Mittel- und Kleinbetriebe machen neun Zehntel aller Betriebe aus und beschäftigen fast doppelt soviel Personen als die Groß- und Riesensbetriebe. Die Großbetriebe im Handel und Verkehr haben sich seit 1882 versiebenfacht, dagegen sind die Kleinbetriebe von 65 Prozent im Jahre 1882 auf 55 Prozent im Jahre 1895 und 38 Prozent im Jahre 1907 zurück gegangen. Im Bergbau sind 52 Prozent aller Betriebe Großbetriebe. Der Bergbau sei der ausgesprochenste Großbetrieb. In einem Betriebe wurden hier durchschnittlich 497 Personen beschäftigt; 97 Prozent aller im Bergbau beschäftigten Personen arbeiten in Großbetrieben. Dann folgt das Maschinenbaugewerbe. Das Selbstständigwerden des kaufmännischen Nachwuchses werde immer schwieriger, deshalb sei auch hier der Kampf um die Daseinsbedingungen immer lebhafter und schärfer geworden.

Das Hausarbeitgesetz.

Zu den Gesetzen, die im Reichstage durch die Vertagung nicht zum Abschluß kamen, gehört auch das Hausarbeitgesetz. Die Kommission hat noch kurz vor der Vertagung die zweite Lesung beendet und dabei einige nicht unwesentliche Änderungen an den Beschlüssen erster Lesung vorgenommen.

In sehr ausgedehnter Debatte wurde besonders der § 8

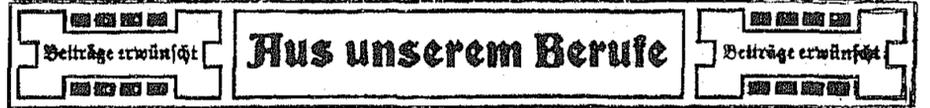
von den bürgerlichen Parteien angegriffen, der den Aushang von Lohnlisten in den Räumen des Unternehmers, der Hausarbeit ausgibt, fordert. Die Regierung wollte, daß der Bundesrat diese Anordnung nur für einige Gewerbe treffen sollte. Die Kommission war in erster Lesung weiter gegangen und hatte allgemein den Aushang der gezahlten Löhne verlangt. Von unseren Parteigenossen wurde die Forderung im wesentlichen damit begründet, daß der Aushang der Löhne den willkürlichen Preisdruck erschweren und den Heimarbeiter orientieren würde, welche Löhne für dieselbe Arbeit einem anderen gezahlt werden. Von den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei wurden hiergegen alle möglichen Einwände erhoben; es sei nicht möglich, bei den vielen Arbeiten in einigen Gewerbszweigen die Löhne anzugeben, die Löhne wechselten viel zu oft, die Anforderung werde zu einer Plage für die Unternehmer usw. Auf die Entgegnung unserer Genossen, daß wohl in jedem ordnungsmäßig geleiteten Betriebe auch die Löhne festgesetzt würden, kamen die Herren mit der sehr sonderbaren Begründung, die Löhne dürften nicht öffentlich bekannt gegeben werden, weil es vorkomme, daß so niedrige Löhne gezahlt würden, daß der Fabrikant sich schäme, solche Löhne zu zahlen! Der Druck der Konkurrenz zwingt ihn aber zu dieser geringen Entlohnung. Das Geständnis ist sehr wichtig; man hat, das ergab die Diskussion, überhaupt nur deshalb gegen die Bekanntgabe der Löhne in der Heimarbeit Bedenken, weil dadurch das Glend der Heimarbeiter unzweifelhaft festgestellt würde. Schließlich einigte man sich in der Kommission dahin, daß der Bundesrat für bestimmte Gewerbszweige Ausnahmen zulassen kann. Für die Anfertigung von Mustern soll die Bestimmung überhaupt keine Anwendung finden. Ferner sollen in den Betrieben, wo die Heimarbeiter die Rohmaterialien für ihre Fabrikate selbst liefern, sie deshalb nach Meinung der Kommission nicht Löhne, sondern „Preise“ für ihre Fabrikate erhalten, diese Preise von dem Unternehmer nur dann zum Aushang kommen, wenn der Bundesrat eine dahingehende Verordnung erläßt.

Da nun die Regierungsvertreter erklärten, daß der Paragraph erst sehr spät in Kraft treten könne, weil man erst Erhebungen anstellen müsse, welche Ausnahmen für den Aushang der Lohnlisten notwendig seien, so dürfte diese Bestimmung, wenn sie Gesetz wird, erst sehr spät für die Heimarbeit Bedeutung erlangen. Bestehen blieb die Vorschrift, daß jedem Hausarbeiter ein Lohnbuch oder Arbeitszettel, der die Art, den Umfang der Arbeit und den Lohn enthalten soll, bei Uebergabe der Arbeit ausgehändigt werden muß.

Eine andere wichtige Bestimmung, die in der Kommission in erster Lesung angenommen war, fiel in der zweiten Lesung mit Stimmgleichheit. Die Kommission hatte in der ersten Lesung den schüchternen Versuch gemacht, dem Heimarbeiter durch Einsetzung von Lohnkommissionen in der Festsetzung der Löhne Hilfe zu leisten. Unsere Parteigenossen wollten für die Heimarbeit allgemein die Lohnkommissionen einsetzen und die Unternehmer zwingen, Minimallöhne, die von den Lohnkommissionen festgesetzt werden sollten, anzuerkennen. Unsere Vertreter konnten sich hier auf das Beispiel der Gesetzgebung in Neuseeland und England berufen. Das Zentrum hatte schließlich einen Antrag formuliert, wonach der Reichskanzler oder die Landeszentralbehörde oder die höhere Verwaltungsbehörde die Einsetzung solcher Lohnkommissionen für Gewerbszweige anordnen können, in denen besonders niedrige Löhne gezahlt werden. Dieser Antrag, der bei der Abneigung der Regierung gegen die ihr erteilte Befugnis für den Heimarbeiter sehr wenig bot, fand in der ersten Lesung mit einer Stimme Mehrheit Annahme; in der zweiten Lesung wurde er mit Hilfe der Konservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei — eine Ausnahmestellung nahm nur der Abg. Naumann ein — wieder ausgemerzt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein anderer Kommissionsbeschuß, der besagt, daß auf Antrag eines Gewerbegerichts oder einer Arbeitskammer oder einer anderen Behörde angeordnet werden kann, daß abgeschlossene Tarifverträge auch auf alle Hausarbeiter ausgedehnt werden können.

Würde das Gesetz in dieser Form in Kraft treten, so enthält es für die Heimarbeiter nur leere Versprechungen, die wichtigste Forderung ist die Gewährung eines Minimallohnes. Hier aber scheitert die Vorlage an dem entschiedenen Widerspruch der Regierung, dem sich die Hüter der freien Konkurrenz in der Kommission angeschlossen haben. Will man in der Heimarbeit die Löhne der freien Konkurrenz überlassen, so bedeutet das die Aufrechterhaltung des Glends in der Heimarbeit und die Auslieferung der Heimarbeiter an die Willkür der kapitalkräftigen Unternehmer. Vielleicht ziehen die Heimarbeiter aus diesen Vorgängen

die Lehre, ihre Interessen tatkräftig in einer Organisation zu vertreten, um dort den Schutz zu finden, den ihnen die Gesetzgebung versagt.



Eisenberg. Die Firma G. Mühlenfeld hat eine neue Masse eingeführt, welche weniger schwindet. Infolgedessen brauchen die Teller einige Millimeter kleiner gemacht zu werden. Das gab der Firma Veranlassung nun auch die Arbeitspreise für diese Teller zu reduzieren. Da die Dreherkollegen sich entschieden weigern, diese Lohnminderung anzunehmen, so mögen die Kollegen mit Arbeitsannahme bei dieser Firma bis auf Weiteres sehr vorsichtig sein.

Farge. In der Steingutfabrik Wittenberg wird der Betriebsausfall des Jahres 1909 in Höhe von 35 877 Mk. aus der Reserve für Verluste gedeckt, die mit 51 293 Mk. Bestand in Rechnung verbleibt.

Hornberg. In der am 22. Mai 1910 abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Schwarzwälder Steingutfabrik A.-G. wurde die Liquidation der Gesellschaft einstimmig und ohne Debatte beschlossen und die beiden bisherigen Vorstandsmitglieder der Gesellschaft, Direktor Clemens Wülfing und Dr. M. Ehrlich-Hornberg, sowie Bücherrevisor Karl Julius Mayer-Mühlheim zu Liquidatoren ernannt. Ueber die Frage der Fortführung des Betriebs wurde kein Beschluß gefaßt; doch sollen bezüglich der Weiterführung des Unternehmens vielleicht in anderer Form bereits Verhandlungen schweben.

Hüttensteinach. An die Firma Gehr. Schönauer richteten die Brenner folgende Wünsche: 1. „Einen einheitlichen Tagelohn von 3 Mk. für Brenner, Glasurer und Stanzeinfüller bei einer 10stündigen Arbeitszeit. 2. Die Entleerung der Aschekästen außer der Arbeitszeit und nicht mehr während der Brennzeit und zwar im Tagelohn vornehmen zu lassen. 3. Die Nachtschichten nicht mehr im Tage sondern im Stundenlohn zu bezahlen. 4. Während der Brennzeit an großen Oefen Nebenarbeiten nicht mehr ausführen zu lassen. 5. Beim Brennen an großen Oefen ist, nach 34stündiger Arbeitszeit, eine Ablösung zu stellen. 6. Einen Wasch- oder Baderaum zu beschaffen, wo es den Brennern möglich ist, sich nach vollendeter Arbeitszeit reinigen zu können.“ Wie uns berichtet wurde, bewilligte die Firma die Forderungen der Brennerkollegen. Nur in der Frage der Lohnerhöhung blieb eine Differenz bestehen, da die Firma den Lohn einiger Brenner von 2,20 Mk. auf 2,60 Mk. pro Tag erhöhte. Die Kollegen, die bereits 2,60 Mk. erhielten, bekamen keine Zulage. Wenn die Brenner ununterbrochen 34 — vierunddreißig — Stunden gearbeitet haben, werden sie abgelöst und wird ihnen der Lohn für 36 Stunden gezahlt. — Die Firma beruft sich darauf, daß in den Nachbarfabriken für die schwere Arbeit den Brennern auch nicht mehr gezahlt wird.

Leipzig. Nach dem Jahresbericht 1909 der Handelskammer zu Leipzig gestaltete sich der Handel mit Porzellan und Steingut wenig erfreulich. Fast das ganze Jahr über, so lautet der Bericht, besonders aber in den Monaten Mai bis September, fehlte es an der sonstigen Beständigkeit in den Verkäufen; erst die Herbstmonate Oktober und November brachten ein besseres, die sich im Dezember noch steigerte. Nur mit großer Mühe konnte der Umsatz des Vorjahres erreicht werden, der wenig befriedigend gewesen war. Der Wettbewerb der Warenhäuser, die Bruch und Ausschuß als Lockartikel führen, gibt nach wie vor zu Klagen Anlaß. Auf den Großhandel mit Porzellan wirkte vor allem ungünstig, daß die Ausfuhr einen bedeutenden Ausfall brachte. Die Fabriken, die sonst für die Ausfuhr arbeiteten, mußten ihren Betrieb einschränken und einen Teil ihrer Arbeiter entlassen; um für den Rest ihres Arbeiterstammes Beschäftigung zu haben, bemühten sie sich um Aufträge im Inlande. Sie suchten selbst die kleinste Kundschaft auf und überschwemmten das Land mit sonst in Deutschland nicht gebräuchlichen Dekoren. Infolgedessen gingen die Preise erheblich zurück. Die Konvention der Porzellanfabrikanten hat im Berichtsjahre neue verschärfte Bedingungen erlassen, die für das Geschäft eher eine Hemmung als eine Belebung bedeuten. Der Großhandel mit Steingut litt weniger unter diesen Verhältnissen, wenn auch einige Fabriken, die früher ausschließlich für die Ausfuhr arbeiteten, sich für das deutsche Geschäft interessierten. Von Nachteil war aber hier, daß das Rheinland und Westfalen, die wichtigsten Abnehmer für billige Steingutware, wegen des schlechten Geschäftsganges ihrer Eisenindustrie diesmal nicht so große Bestellungen aufgeben konnten wie früher.

Schönwald. Bei der Firma A. & E. Müller hatten die Brennerkollegen vor einiger Zeit Forderungen gestellt, die zum Teil von der Firma bewilligt wurden. Damit wurden weitere Differenzen vermieden.

Sitzendorf. Die Sitzendorfer Porzellanmanufaktur A. & G. ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 3. Mai aufgelöst. Der bisherige Direktor Alfred Voigt in Sitzendorf und der Direktor Robert Thalheim in Arnstadt wurden zu Liquidatoren bestellt.

Waldenburg. Wie man uns mitteilt, unterbreiteten die Kollegen der Firma R. Krieger den Wunsch, das Licht- und Kalkfaktergeld zu beseitigen und eine Preiskommission anzuerkennen.

Frankreich. Seit über einem Monat sind in Mehun sur Yèvre 800 Kollegen von der Firma Pilluoyt und in Bierzon von der Firma Bouchard 200 Kollegen ausgesperrt. An beiden Orten lag der Grund der Aussperrung in einigen äußerst bescheidenen Lohnforderungen der Brenner.

Oesterreich. Aus Wilhelmsburg werden uns folgende Zeilen zugesandt: „Den Arbeit suchenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß sie sich, wenn sie nach hier gehen wollen, vorerst bei der Arbeitsvermittlung im Arbeiterheim zu befragen haben. Kollegen, die gegen diese Bestimmung handeln, werden als Sperrbrecher behandelt und haben die Folgen ihrer Handlungsweise selbst zu tragen.“

In Laun ist der Betrieb der Firma Hermann vollständig mit Drehern besetzt. Trotzdem sucht man für diesen Betrieb fortgesetzt neue Dreher. Die Kollegen mögen also recht vorsichtig sein und sich eingehend beim Arbeitsnachweis in Laun, Gasthof „Hohly“ erkundigen.

Aus anderen Verbänden

Bauarbeiter. Die Arbeitnehmer-Verbände sowie der Verband der Bauunternehmer nahmen die von der Schlichtungskommission vorgeschlagenen Grundlagen zu den Einigungsverhandlungen an. Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe, die jetzt allerorts gepflogen werden, um Ortstarife abzuschließen, scheitern in den Hauptfragen, in der Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit nach den bis jetzt vorliegenden Berichten in allen Orten. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer zu diesen örtlichen Verhandlungen gibt zu der Vermutung Anlaß, daß ein allgemeiner Beschluß im Arbeitgeberbund gefaßt wurde, der die örtlichen Verhandlungen ausgeschaltet sehen will, um so doch wieder auf zentrale Verhandlungen zu dringen. Bisher liegen folgende Berichte vor: In Frankfurt a. M. sind die Verhandlungen mit den Unternehmern insoweit erledigt, als eine völlige Einigung über die Akkordarbeit, die Ueberstunden, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses und die Behandlung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und aus der Durchführung des Vertrages erzielt ist. Keine Uebereinstimmung war zu erreichen über die Abgrenzung des Vertragsgebietes. Die Arbeitgeber fordern einen großen Bezirksvertrag, während die Arbeiter nur bereit sind, entsprechend dem Schiedsspruch der Unparteiischen örtliche Verträge abzuschließen. Die Möglichkeit einer Einigung scheint auch in der Lohn- und Arbeitszeitverkürzungsfrage ausgeschlossen. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen von 3-10 Pf. pro Stunde und Ueberstunden von 10 Pf. pro Stunde. Die Arbeitgeber lehnen sowohl diese Arbeitszeitverkürzung wie auch jede Lohnerhöhung ab. — In Köln a. Rh. boten die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde in diesem Jahr, einen weiteren Pfennig im nächsten und im dritten Jahre wieder 2 Pf. an. Die Arbeitervertreter erklärten, diese geringfügige Aufbesserung unmöglich annehmen zu können, weil Köln die Stadt mit den höchsten Lebensmittelpreisen im Reiche sei und weil in Köln eine Lohnerhöhung seit drei Jahren nicht mehr stattgefunden hat. Wenn die Unternehmer auf dem Gebiete des Lohnes kein Entgegenkommen beweisen, ist die Aussicht auf Frieden sehr gering. — Im Bezirk Nürnberg-Fürth sind die Verhandlungen im Baugewerbe vollständig gescheitert. Die Arbeiter hatten außer der 9 stündigen Arbeitszeit gefordert: 70 Pf. Stundenlohn für Maurer und Zimmerer, 75 Pf. für Steinhauer und 80 Pf. für Provisierer. Die Unternehmer erklärten jedoch, daß sie keinen Pfennig Lohnerhöhung und keinerlei Arbeitszeitverkürzung bewilligen. Sie verlangen Vertragsabschluß bis 1913. Die Arbeiter werden demnächst zu den Vorschlägen Stellung nehmen. — Die in Rostock stattgefundenen Verhandlungen mit den Bauunternehmern sind resultatlos verlaufen.

— In Hannover sind Verhandlungen ebenfalls gescheitert, und zwar auch dort an der Lohnhöhe und Arbeitszeitfestsetzung. — In Königsberg kam wegen der Lohnfrage keine Einigung zustande. — In Stuttgart wurde zwischen den Parteien 7 Stunden auf dem Rathause verhandelt, ohne daß man über eine allgemeine Besprechung der Sachlage hinauskam. Wahrscheinlich wird auch hier der Schiedsspruch in Berlin gefällt werden müssen. — Für den Thüringer Bezirk sind die Verhandlungen ebenfalls gescheitert. — In Straßburg i. G. wollten die Unternehmer nur 2 Pf. Lohnerhöhung geben, und sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden nicht einlassen. Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen. — Auch in Metz wurde eine Vereinbarung nicht erzielt. Die Gelben gaben sich mit einer Lohnerhöhung von 1 Pf. ab 1. April 1911 und einen weiteren ab 1. April 1912 zufrieden. Unsere Vermutung, daß die Arbeitgeber auf ihrer Tagung in Leipzig sich dahin geeinigt haben, örtliche Zugeständnisse nicht zu machen, findet ihre Bestätigung in Auslassungen der den Unternehmern nahestehenden Presse. Von verschiedenen Rednern soll auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes hervor gehoben worden sein, daß durch die Zustimmung zu dem Hauptvertrage eine Lohnerhöhung für dieses Jahr vermieden werde. Diese Auffassung der Sachlage entspricht durchaus nicht den Absichten der drei Unparteiischen. Diese haben darüber keinen Zweifel gelassen, daß in Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse und in Rücksicht darauf, daß seit 1906 eine Lohnerhöhung für die Bauarbeiter nicht eingetreten ist, eine Lohnerhöhung in diesem Jahre eintreten müßte. Die Abschlüsse in Hamburg und Berlin beweisen übrigens schon durch die bewilligten Lohnerhöhungen, daß eine Lohnzulage notwendig ist und in welcher Höhe sie erfolgen müßte. Die Entscheidung über die Lohnhöhe dem Zentralschiedsgericht zu überlassen, muß nicht allein als höchst unpraktisch, sondern auch als langwierig und verschleppend bezeichnet werden. Der Spruch der Unparteiischen wollte gerade durch die Festsetzung der Lohnhöhe in den örtlichen Verträgen die lokalen Besonderheiten berücksichtigt wissen, und bei der Festsetzung der Arbeitszeit sollten die besonderen lokalen Verhältnisse, (weite Entfernung des Wohnortes von der Arbeitsstätte) in Erwägung gezogen werden. Das kann durch die Zentralinstanz nicht gemacht werden, zum mindesten ist eine solche Entscheidung für das Zentralschiedsgericht sehr zeitraubend, wenn man bedenkt, daß die Lohnfrage und Arbeitszeitfestsetzung in etwa 300 Orten geregelt werden muß.

Die polnische Gewerkschaftsvereinigung. Jetzt liegen die Angaben über das erste Geschäftsjahr dieser Vereinigung vor. Darnach zählt dieselbe insgesamt 60 000 Mitglieder. Hierbei ist jedoch einzuschalten, daß keine Organisation die Uebertreibung so liebt, als die polnische Arbeitervereinigung; denn bereits im Jahre 1908 gaben die Führer dieser Organisation ihre Mitgliederzahl auf rund 60 000 an, während im selben Jahre in einem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ vom 7. August nachgewiesen wurde, daß die Zahl höchstens 50 000 betragen könnte. Also wird man auch heute noch die gleiche Zahl 50 000 als ungefähr den Tatsachen entsprechend beibehalten dürfen. Die Gesamteinkünfte sollen 956 693 Mk. betragen haben, davon brachten die Bergarbeiter 89 000 und die Hüttenarbeiter 21 000 Mark auf. Die Gesamtausgaben beziffern sich auf 202 000 Mark, von denen 160 000 auf Streiks und auf Kranken- und Reiseunterstützung, 21 000 auf die Presse und 21 000 Mk. auf Verwaltung und Rechtshilfe entfielen. Die polnische Gewerkschaftsbewegung ist von Jeschke und Kaufleuten gegründet worden und auch die heutige Vereinigung ist weiter nichts als ein Wall, der von den nationalistischen Hezern gegen die freie Arbeiterbewegung errichtet wurde. Daß sich die polnischen Arbeitervereine bei ihrer Unmündigkeit von den genannten Deutemachern willenlos lenken lassen, ist bekannt, auch die Vorgänge bei der posener Reichstagsersatzwahl, bei welcher der Vorsitzende der Vereinigung, Sosinsky-Bochum, unterlag und der posener Sekretär Nowicki gewählt wurde, ändern daran nichts.

Generalversammlungen. Die Friseurgehilfen hielten ihren Verbandstag vom 17. bis 20. Mai in Nürnberg ab. Der Verband hat in den Krisenjahren bis zu einem Viertel seiner früheren Mitgliederzahl eingebüßt, jedoch gegen Ende 1909 beinahe den früheren Höchstbestand wieder erreicht. Der Verband verfügte am 31. Dezember 1909 über ein Vermögen von 12 967 Mk. oder pro Mitglied 6,05 Mk. Nach dem letzten Verbandstag ist eine zweite, billigere Beitragsklasse mit 30 Pf. eingerichtet worden, die hieran geknüpften Erwartungen sind jedoch nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil sind Orte mit dieser zweiten Klasse heute schwächer als vorher. Der Verbandstag beschloß deshalb, den Beitrag wieder einheitlich mit 50 Pf.

zu erheben und den 30 Pf.-Satz nur für weibliche Mitglieder beizubehalten.

Die Gastwirtsgehilfen versammelten sich am 24. Mai in Berlin zum Verbandstage. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes steht still. Die Organisierung der weiblichen Angestellten, die sich auf die Zimmermädchen der Hotels und die süddeutschen Kellnerinnen erstreckt, hat nur bei den letzteren nennenswerte Fortschritte aufzuweisen. Als besonderes Hemmnis stellt sich dem Organisationsgedanken im Gastwirtsgewerbe die entwürdigende Trinkgeldentlohnung entgegen. Eine Resolution des Verbandstages erklärt deshalb auch das Trinkgeld als „die verwerflichste Entlohnung, die grundsätzlich zu bekämpfen ist“ und stellt als Ziel einen entsprechenden Barlohn des Unternehmers hin. Ebenfalls gefordert wurde die Beseitigung der gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde als wünschenswert bezeichnet, doch sollen bis zum nächsten Verbandstag erst die erforderlichen Unterlagen gesammelt werden. Die Gehälter der Verbandsangestellten gelangten zur Festsetzung allgemein mit 2000 Mk. beginnend, steigend bis zur Höchstgrenze von 2400 bis 3300 Mk. Ferien sollen jährlich gewährt werden nach einjähriger Tätigkeit zwei Wochen, nach dreijähriger drei und nach siebenjähriger vier Wochen.

Die Maschinisten und Heizer traten am 15. Mai in Hamburg zu ihrem Verbandstag zusammen. Der Verband hat trotz der Krise in den letzten Jahren bedeutend an Ausbreitung gewonnen; er zählte Ende 1909 18 516 Mitglieder und verfügte in der Zentralkasse über 133 000 Mk. Bestand. Der Wunsch nach weiterer Ausdehnung kam in dem Beschlusse zum Ausdruck, für das Rheingebiet einen neuen und für die mitteldeutschen Wasserstraßen einen zweiten Agitationsleiter anzustellen. So lange der Unterstützungsbezug währt, muß auch bei Krankheit und Arbeitslosigkeit der Beitrag weiter entrichtet werden. Der beantragte Anschluß an eine andere starke Organisation wurde als verfrüht bezeichnet.

Der Zentralverband der Schmiede trat am 22. Mai in München zu seiner Generalversammlung zusammen, die sich unter anderem auch mit dem Anschluß an den Metallarbeiterverband beschäftigte. Diese Frage hat hier besondere Bedeutung dadurch, daß die Metallarbeiter bereits 20 456 Schmiede in ihren Reihen haben, während der Schmiedeverband nur 15 099 Mitglieder zählt. Die schon im Vorjahre gepflogenen Verhandlungen zwischen beiden Verbandsvorständen scheiterten daran, daß die Metallarbeiter die von den Schmieden geforderte eigene Verwaltungsgruppe innerhalb des Industrieverbandes nicht bewilligten. Die Generalversammlung erklärte sich nun nach ausgiebiger Diskussion im Prinzip für die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, stimmte jedoch den bisher gebotenen Uebertrittsbedingungen nicht zu. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes erneut in Verhandlungen einzutreten zwecks Einräumung besonderer Rechte für die Schmiede. Ueber das Ergebnis soll sodann eine Urabstimmung entscheiden. Der Beitrag wurde um 5 Pf. pro Woche erhöht, und zwar auf 65 bzw. 45 Pf. Die Bezugsdauer der Krankenunterstützung wurde gleichzeitig herab gesetzt; sie beträgt jetzt ebenso wie bei Arbeitslosenunterstützung unter Anrechnung dieser wie der Reise- und Umzugsunterstützung 60 Tage.

Der Verband der Steinarbeiter hielt vom 23. bis 28. Mai seinen Verbandstag in Eisenach ab. Die Frage des Anschlusses an eine andere Organisation wurde erörtert, aber vorerst noch als nicht dringend bezeichnet. Der Verbandstag nahm einige Aenderungen am Statut vor. So soll die Gemäßregelunterstützung künftig bis zu sechs statt bisher vier Wochen gezahlt werden. Doppelt Organisierte sollen nur an einer Stelle Anspruch auf Unterstützung haben. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt, weil man bei der regelmäßigen hohen Arbeitslosigkeit im Berufe eine zu hohe Belastung der Kasse befürchtet. Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über Tarifwesen und Streiktaktik ein. Der Verbandstag empfahl den Abschluß von Bezirks- und Landesstarifen, forderte aber, daß dabei der Verkürzung der Arbeitszeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Der Zentralverband der Zivilberufsmusiker tagte vom 24. bis 27. Mai in Lehe-Bremerhaven. Der Verband hat sich von 979 Mitgliedern im Jahre 1906 auf 2116 Mitglieder entwickelt. Der Beitrag wurde von 25 Pfg. auf 40 und 50 Pfg. pro Woche erhöht und soll dafür die Krankenunterstützung neu eingeführt werden. Dieselbe beträgt 3 und 5 Mk., je nach der Beitragshöhe, und wird nach einjähriger Mitgliedschaft auf die Dauer von sechs Wochen gezahlt, steigend bis zu achtzehn Wochen nach vier Jahren.

Vermischtes

Das Geld ist alle. Der Unterstützungsfonds für die arbeitslosen Tabakarbeiter ist aufgebraucht. Es wurden vom 15. August v. J. bis Ende April d. J. im ganzen 4 112 356 Mark ausbezahlt. Und da die im Monate Mai fällig gewordene Unterstützungssumme jedenfalls nicht geringer sein dürfte als die in den Vormonaten, so wird auch die vom Reichstage noch über den Betrag von vier Millionen Mark hinaus bewilligte Summe (750 000 Mk.) bis jetzt völlig aufgezehrt sein. Die Regierung beabsichtigt nun, die Unterstützungssätze erheblich zu ermäßigen und wird damit auf alle Fälle eine große Arbeiterkategorie, die völlig unverschuldet arbeitslos geworden ist, nur noch schwerer in ihrer Notlage treffen, als dies schon bisher durch die famose Finanzreform geschehen ist.

Eine Gehaltserhöhung um 3 1/2 Millionen Mark hat die bürgerliche Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses dem König von Preußen bewilligt. Die preußische Regierung, die dem Volk beharrlich ein gerechtes Wahlrecht vorenthält, hatte die Entdeckung gemacht, daß der König von Preußen mit dem Jahresgehalt von 15 3/4 Millionen Mark unmöglich länger auskommen konnte, und daß notwendigerweise eine Erhöhung dieses Einkommens eintreten mußte. Der König von Preußen verfügt als Chef des Hauses Hohenzollern über ein riesenhaftes Vermögen. Er besitzt eine Unmenge von Gütern, deren Ertrag durch die Erhöhung der Getreidezölle eine starke Steigerung erfahren hat. Daneben ist er auch Besitzer industrieller Unternehmungen. Viel genannt wird z. B. die Majolita-fabrik in Cadinen, die gut wirtschaften soll. Wie hoch das Einkommen des Königs aus all diesen Besitzungen ist, entzieht sich der öffentlichen Kontrolle, zumal das Vermögen und das Einkommen der Bundesfürsten steuerfrei ist. Auch sonst stehen dem König und seinem Haushalt Privilegien zu, die einen hübschen Geldwert repräsentieren, z. B. die Postfreiheit. Inwieweit der König von diesem Vorrecht Gebrauch macht, ist uns nicht bekannt, dagegen hat man von anderen Fürsten schon gehört, daß ihre Gutsverwaltungen in der Lage sind, durch den portofreien Versand von Waren, z. B. Butter, Käse usw., anderen Produzenten und Händlern scharfe Konkurrenz zu machen. Der alte Kaiser ist mit zirka 12 Millionen nicht nur ausgekommen, er hat sogar noch 54 Millionen sparen können. Aber seither ist das Herrschen viel kostspieliger geworden und mit Rücksicht darauf ist das Gehalt des Königs oder die Zivilliste, wie man es nennt, im Jahre 1889 auf die gegenwärtige Höhe gebracht worden. Seither ist nun, wie jeder weiß, alles teurer geworden, besonders die Zölle auf die notwendigsten Nahrungsmittel hatten eine starke Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse zur Folge, die in hohem Maße den Gutsbesitzern als den Produzenten von Brotfrucht und Vieh zugute kommt. Und weil nun alles teurer wird, sollte dem preußischen Volke auch das Beherrschtwerden verteuert werden. Herr v. Bethmann Hollweg und seine Ministerkollegen haben festgestellt, daß dieses Vergnügen mit 20 Millionen jährlich nicht zu teuer bezahlt ist. Viele Leute in Preußen werden darüber anderer Meinung sein. Im übrigen ging der Wunsch, die Zivilliste zu erhöhen schon unter Bülow's Regierung um. Aber selbst Bülow schien es in diesem Punkte an der erforderlichen Ungeriertheit zu fehlen.

Uebungen der Familienunterstützung. Nach dem B. G. vom 10. Mai 1892 haben die Angehörigen der zu Uebungen in Friedenszeiten einberufenen Reservisten und Landwehrlaute Anspruch auf Unterstützung für die Dauer der Uebung wenn der Einberufene nicht Reichs-, Staats- und Kommunalbeamter ist, dem sein persönliches Dienst Einkommen während der Zeit der Einberufung gewahrt bleibt. Unterstützungsberechtigt sind Ehefrau und Kinder unter 15 Jahren; auch Kinder über 15 Jahren, Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister haben, wenn sie von dem Einberufenen unterhalten werden, Anspruch auf Unterstützung. Die Unterstützung wird nur auf Verlangen der Berechtigten gewährt. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben worden ist. Der Unterstützungsanspruch ist sofort nach der Beorderung, also möglichst noch vor dem Eintreffen des zum Dienste Berufenen, von dem Einberufenen oder derjenigen Person, der in seiner Abwesenheit die Fürsorge für die Familie obliegt, oder endlich durch die Unterstützungsberechtigten selbst bei der Gemeindebehörde des Orts anzubringen, an dem der Unterstützungsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei der Anmeldung sind die Unterstützungsberechtigten nach ihrem Namen, nach ihrer Familienstellung zum Einberufenen und nach

ihrem Lebensalter zu bezeichnen. Die Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Proz. und für jede sonst bezugsberechtigte Person 10 Proz. des ortsüblichen Tagelohns, doch darf der für einen Haushalt zu gewährenden Betrag 60 Proz. des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigen. Die Höhe des ortsüblichen Tagelohns wird durch die Verwaltungsbehörden festgesetzt.

Russland. Die unter der Polizeifaut ächzenden russischen Gewerkschaften suchen immer wieder Mittel, mit denen sie größere Massen an sich binden und so die Macht der Organisation stärken können. Unter diesem Gesichtspunkt wird jetzt in ihren Reihen die Frage des Unterstützungswesens besprochen. In der Zeit der Revolution führten die Gewerkschaften größtenteils jene Arten der Unterstützung, die direkt mit ihren ökonomischen Kämpfen zusammen hängen: Streit- und Arbeitslosenunterstützung. Jetzt hält eine Anzahl der Gewerkschaften die Einführung der Kranken- und der Invalidenunterstützung sowie die Auszahlung von Begräbnisgeldern für ein gutes Mittel, die Gewerkschaften zu stärken. Die andere Seite antwortet darauf, daß man das erstrebte Ziel durch das vorgeschlagene Mittel nicht erreichen könne. So lange die brutale Verfolgung durch die Regierung und so lange die ökonomische Krise andauere, würden die russischen Gewerkschaften ihre Kräfte nicht sammeln können. Die Einführung von Unterstützungen sei nur geeignet, die schwachen Kräfte der Organisation zu verzetteln. Dabei bringe sie die Gefahr mit sich, daß sich die Gewerkschaften in Unterstützungsvereinigungen verwandeln. Während in kleineren Provinzorten eine Anzahl von Gewerkschaften sich für das „reine“ Unterstützungswesen ins Zeug legt, wird in Moskau diese Richtung von den Gewerkschaften scharf abgelehnt.

Zur Unterhaltung

Die Weltausstellung in Brüssel.

II.

Wenn etwas geeignet ist, Achtung vor der deutschen Arbeit zu erwecken, dann ist es das Geschick, womit sie den Anschluß gefunden hat an die Entwicklung des modernen Kunstgewerbes. Die Läuterung des Geschmacks im Kunsthandwerk, die in England aufkam, fand erst über Belgien den Weg nach Deutschland. Anderthalb Jahrzehnt ist es her, daß bei uns die Reform auf diesem Gebiet einsetzte. Was in dieser kurzen Zeit geleistet worden ist, das ist nach der künstlerischen Seite hin so ansehnlich, daß Deutschland mit seiner kunstgewerblichen Ausstellung in Brüssel den Wettbewerb mit Ehren besteht — und zwar gilt das nicht nur für die Künstler als Erfinder und Verbreiter der neuen Gedanken und Formen, sondern auch für den Hersteller, insbesondere der Arbeiter, die hier den höchsten Anforderungen zu genügen hatten. Was die wirtschaftliche Seite anbelangt, so bildet das Kunstgewerbe in seinen Verzweigungen heute schon einen recht gewichtigen Faktor im Erwerbsleben. Es sind nicht nur die Haupt- und Großstädte, wo zahlreiche Hände und Köpfe für das Kunstgewerbe schaffen, auch in zahlreichen Mittel- und Kleinstädten haben sich Werkstätten aufgetan, die Künstlern und Arbeitern Beschäftigung geben. Nicht alles steht auf der Höhe, was an kunstgewerblichen Ideen und Erzeugnissen aus den verschiedenen Kunstzentralen und zahlreichen Werkstätten hervor geht, aber so vielgestaltig das Streben, so rege der Kampf der Gedanken und Formen auch ist, im Allgemeinen kann Deutschland mit Bruchkraft zu den besten auf dem Gebiet der Kunstgewerbe gehören und hat sich in der letzten Zeit an Kunst und Gewerbe gearbeitet. Und nicht zum wenigsten kann an dieser Gelegenheit teilnehmen der deutsche Arbeiter. Es mag für den sozial denkenden Beobachter nicht gerade erfreulich sein, daß die künstlerischen Früchte am Baum deutscher Arbeit vorab erst nur für die Reichen wachsen, denn das Kunstgewerbe arbeitet heute noch fast ausschließlich für die Leute mit großer Börse. Es ist deshalb auch vorwiegend Luxusarbeit, was in Brüssel zu sehen ist, und es ist Qualitätsarbeit im höchsten Sinne, was hier gezeigt wird. Umso erfreulicher ist es, daß gerade auf diesem Gebiete sich der deutsche Arbeiter so schnell und so erfolgreich zurecht gefunden hat, auf einem Gebiete, das wie das Kunstgewerbe so verschiedenerelei Berufe in Anspruch nimmt.

Die Hauptstücke der deutschen Kunstgewerbeausstellung sind im Katalog als „Räume einer vornehmen Wohnung“ bezeichnet. Es ist das eine Flucht von einem Duzend Räume, an deren einzelnen Entwürfen wirkten Künstler aus Berlin (vor allem Bruno Paul, der auch die Leitung dieses Teils der deutschen Abteilung hatte), München, Düsseldorf, Karlsruhe, Bremen, Saalee und Worpssweede, und an deren Ausführung fast alle bekannteren Fabriken und Werkstätten für Innenausstattung beteiligt sind.

Es ist, wie schon die Katalogbezeichnung besagt, vorwiegend Luxusarbeit, zum Gebrauch für Millionäre bestimmt. Sieht man gewisse Teile dieser vornehmen Wohnung, z. B. den Bade- raum, dann schwindet der ästhetische Genuß vor dem Bedauern mit der Kunst, die sich hergeben muß zur Befriedigung verstiegener Prozelgelüste, die die Dinge nur schätzen nach dem Gelde, was sie gekostet haben. Auch die Räume, die als „einfache Wohnung“ bezeichnet sind, kommen immer noch für die Leute in sehr guten Verhältnissen in Betracht. Der kleine Mann und vor allen Dingen der Arbeiter müssen sich mit dem Trost begnügen, daß auch für sie einst die Zeit kommt, wo sie sich ihre Umgebung so gestalten können, daß sie etwas mehr als eine bloße Wohn- gelegenheit, daß sie eine wirkliche Heimstätte wird.

In der Einleitung, den der deutsche Katalog dem Kunst- gewerblichen Teil voraus schiebt, wird hingewiesen auf die Fülle der Arbeit, die dem Kunstgewerbe für die nächsten Jahrzehnte bevorstehe. Zunächst gelte es, ein Heer intelligenter selbst- bewußter Arbeiter zu erziehen. Deutschlands Export auf diesem Gebiete werde nur noch wesentlich Qualitätsware umfassen, die einen geschickten rassistigen Arbeiter voraussetze und die jene werteschaffende Arbeit enthalte, die die beste und andauerndste Reichumsquelle sei. Das ist ohne Zweifel richtig und es ist interessant festzustellen, ob und inwieweit sich diese Gedanken durchsetzen auf der sich an das Kunstgewerbe anschließenden deutschen Unterrichtsausstellung. Wenn das Kunstgewerbe — und es trifft auch für andere Berufszweige zu — sich zur Höhe entwickeln soll, dann muß mit der bisherigen Art des Unterrichts, der sich fast ausschließlich auf das Lernen durch Bücher, durch Übung des Denkens und des Gedächtnisses gründete, gebrochen und zu der Methode übergegangen werden, die den ganzen Menschen umfaßt: Die körperlichen Fähigkeiten, die künstlerische Anschauung und Betätigung, sowie die Natur- beobachtung. Und es muß anerkannt werden, daß, wie die deutsche Unterrichtsausstellung zeigt, sich nunmehr auch bei uns die Einsicht geltend macht, daß die Welt doch aus etwas mehr besteht als aus einem Schulbuch und daß der Mensch doch noch etwas anderes zu pflegen hat, als die bloße Hirn- tätigkeit. Spiel und Sport, Handfertigkeit, Kunstzerziehung, Naturlehre — alles das wird, wenn die Verheißungen und Ansätze, die in Brüssel zu sehen sind, zur Erfüllung und zur Reife gelangen, mehr und mehr neben der theoretischen Erziehung sein Recht geltend machen.

Das ist eine für die Kulturentwicklung im allgemeinen wie für die Arbeiter im besonderen recht erfreuliche Aussicht, aber es ist auch bis auf weiteres nichts als eine Aussicht, auf deren Erfüllung wir noch recht lange zu warten haben. Was auf diesem Gebiete erreicht worden ist, kommt vorwiegend den höheren Schulen, der Jugend der bestgehenden Klasse zugute. Hier ist, um nur eines anzuführen, der biologische Unterricht eingeführt worden, der die Natur auch von ihrer lebendigen Seite, vom Standpunkt der Entwicklungsgeschichte kennen lehrt; den Kindern des arbeitenden Volkes in der „niedereren“ Schule bleibt die Natur ein Buch mit sieben Siegeln, weil es der Kirche, der Gebieterin über die Volksschule, so gefällt. Und nicht viel anders ist es mit den übrigen Kenntnissen, Fähigkeiten und Betätigungen, die über den Katechismus und die Bibel hinaus gehen.

In der deutschen Unterrichtsausstellung sind zwei Schul- räume zu sehen, die Bruno Paul (Berlin) entworfen hat: ein Klassenzimmer und ein Zeichensaal. Die beiden Räume unter- scheiden sich, abgesehen von der Ausstattung, die der besonderen Zweckbestimmung dienlich ist, nicht von einander; beide Räume sind gleich zweckmäßig, gleich geiegen und gleich einfach, der Blumenschmuck am Fenster wie der Bilderschmuck an der Wand sind im Aussehen, nicht im Werte verschieden. Und doch ist das Klassenzimmer für eine höhere, der Zeichensaal für eine niedere, d. h. eine Volksschule bestimmt. Es geht also doch, daß die Schulräume so hergerichtet werden, um für den Sohn des Kommerzienrates wie für den Sohn des Tagelöhners geeignet zu sein, weil sie die Forderung erfüllen, daß für die Schuljugend, die „niedere“ wie die „höhere“, das Beste gerade gut genug ist.

Aber auch diese Neußerlichkeit ist erst eine Verheißung, wieviel mehr alles das, was an Fortschritten auf den vielen anderen Gebieten des Schulwesens in der deutschen Unterrichts- ausstellung gezeigt wird. Aber gerade darum ist diese Aus- stellung, die das kgl. preussische und kgl. sächsische Kultusministerium veranstaltet hat, so lehrreich, weil sie das Urteil herausfordert darüber, was nüchterne, manchmal trostlose Wirklichkeit und was reikamehafte Aufmachung ist. Und der kritische Beobachter zieht aus diesem Teil der deutschen Ausstellung mit besonderem Nutzen die Zuversicht, daß wir es herlich weit — nicht gebracht haben, sondern bringen werden, wenn es uns gelingt, alles das

der Verwirklichung entgegen zu führen, was hier als Verheißung, bestenfalls in vereinzelt schwachen Ansätzen, im Allgemeinen aber noch als Zukunftsbild gezeigt wird.

Die Herrschaft Balothy.

Aus dem Ungarischen.

So mußte das Paradies ausgesehen haben, wenn es sehr schön war.

Balthasar Balothy zeigte auch voll Stolz seine Bestzung den Gästen.

„Ehen Sie nur diesen prächtigen, schwarzen Lehmboden,“ sagte er dann, mit der Spitze seines Stockes das Erdreich aufwühlend. „Man könnte ihn wie Butter aufs Brot streichen.“

Es war auch wirklich Boden erster Klasse, und als einst Erdbesser auf seine Bestzung kamen, äußerten sie: „Als der Herr Gott die Banane schuf, muß ihm ein Stück aus der Hand gefallen und hierher getropft sein.“

Dieser Ausspruch gefiel Herrn Balthasar sehr, und er fügte hinzu: „Und da soeben ein Balothy vorüber ging, nahm er davon Besitz.“

Daraus konnte man ersehen, für wie alt Herr Balthasar seine Familie hielt und wie lange ihnen schon dieses herrliche Stück Land gehörte.

Bier- bis fünfmal am Tage erzählte er prahlend: „Das war die erste Eroberung!“ aber keine so unbedeutende, wie die übrigen. Dies hat auch nicht etwa der König den Balothys gegeben.

Er mußte wohl irgend ein Vorgefühl haben, daß er die Könige so gering achtete. Denn wirklich hatten sie ihm die Bestzung nicht verliehen, sondern waren ihm im Gegenteil feindlich und trieben ihn von dannen. Jene gewissen, allbekannten vier Könige nämlich.

Der alte Balthasar liebte leidenschaftlich das Kartenspiel und machte so viel Schulden, daß die Hälfte seiner Ländereien darüber zugrunde ging, und so war er gezwungen, zweitausend Joch zu verkaufen. Die anderen zweitausend konnten nur dadurch gerettet werden, daß sein Sohn Istwan ein reiches Bürgermädchen heiratete, und das Geld des bürgerlichen Schwiegervaters machte es möglich, daß der Rest des Gutes für Istwan verblieb.

Istwans ganzes Bestreben war nun darauf gerichtet, Karriere zu machen, um auf diesem Wege die verlorene Hälfte wieder zu erlangen.

Er probierte alles; tat es aber auf die in seinem Vaterlande übliche Weise. Und diese ist eine sehr schlechte. Wenn man nämlich dreitausend Gulden ausgibt, um eine drei Jahre dauernde Stelle mit zweitausend Gulden Einkommen zu erhalten, so nennt man dieses in Ungarn Karriere machen.

Er gewann denn auch nicht nur die verlorene Hälfte seiner von den Ahnen ererbten Güter nicht mehr zurück, sondern die andere Hälfte schmolz sogar ebenfalls noch fast dahin.

Als Istwan vor etwa zehn Jahren starb, verblieben seinem Sohne Anton nur noch zweihundert Joch Land und das zerfallene Kastell.

Anton hatte von seinen Ahnen gelernt. Er spielte weder Karten, noch trieb er Politik. Aber da er doch auch etwas tun mußte, so trank er. Dies war immerhin gegen seinen Vater ein Fortschritt, denn selbst trinken ist billiger, als zu trinken geben.

Für zweihundert Jochlein ist auch gerade eine Rehle genug, und so wurde die Bestzung nach nicht langer Zeit subhastiert, die Familie Balothy verschwand aus unserer Gegend und nur ihr Andenken verblieb daselbst.

Sie hatten nichts wie ihre Möbel gerettet, mit diesen zogen sie nach Pest und mieteten sich irgendwo auf der Grünen Baumstraße ein ärmliches Quartier im dritten Stock.

Dort wohnte der alte Großvater und dessen Entel mit seiner jungen Frau. Diese befand sich zu der Zeit gerade in gesegneten Verhältnissen, und als der kleine Gabor (der dreiundzwanzigste Gabor in dem Stammbaum der Familie Balothy) geboren wurde, war ihm von dem Boden seiner Väter nichts mehr geblieben.

... Aber doch ... An dem Fenster stand noch ein Blumentopf ... in welchem, der ungeheizten Stube zum Trost, eine zähe Reseda noch nicht ausgefroren war. Dieser Topf war noch mit der lockeren, mürben Erde von zu Hause gefüllt worden, welche den Wurzeln die Lebenskraft spendete. Wie oft schaute Balthasar Balothy mit unwölkter Stirn auf die unscheinbare Blume!

Ginst spielte er mit dem kleinen Urentel am Fenster.

Gabor der Dreiundzwanzigste war ein lebhaftes Bürschchen, und wie er so in seinem Hemdchen auf den Armen des Urgroßvaters herum zappelte, stieß er mit seinen kurzen, fetten Beinchen so unglücklich an den Blumentopf, daß dieser aus der Höhe herab stürzte, und, in tausend Scherben zerbrochen, auf das Pflaster fiel, indes die Erde im Fallen sich nach allen Richtungen zerstreute.

Dieses war das allerletzte Land vom Dominium Balothy.

Dem Alten tropfte eine Träne aus den Augen, als er sich hinaus beugte und dem herab fliegenden Töpfchen nachschaute.

Dann streichelte er sanft und traurig seinen kleinen Entel, welcher allerlei unverständliche Dinge stammelte, und sagte: „Siehst Du, siehst Du, so ist Dir doch wenigstens auch etwas von dem Besitz Deiner Ahnen zum Verschwenden geblieben.“

Uersammlungs-Berichte etc.

s. M.-Gladbach. Die am 5. Juni stattgefundene Zahlstellenversammlung wies einen ziemlich guten Besuch auf. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete ein Vortrag des Gewerkschaftssekretärs G. Müller über „Gewerkschaften als Kulturheber“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Als ersten Punkt erörterte Redner Zweck und Ziel der heutigen Arbeiterbewegung, erwähnend, daß dieselbe nicht mit der Gewerkschaftsbewegung und deren Bestrebungen zu verwechseln sei, die den Kleinkampf zu führen hat, um an allen Orten, in jeder Branche eine Verbesserung und Steigerung der Arbeitslöhne, sowie Verminderung der Arbeitszeit herbei zu führen, sondern daß dieselbe ein ständiges Emporstreigen einer bisher sehr unterdrückt gewesenen Klasse ist. Es sind deshalb alle verfügbaren Hebel in steter Bewegung zu halten, um dem gesamten arbeitenden Proletariat zu seinen wohlverdienten Rechten und zum Siege über seine Ausbeuter, dem Kapitalismus, zu verhelfen. Redner verglich an einem treffenden Beispiel den steten Kampf der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum mit der Arena, wo der Kampf auf Leben und Tod wütet und nur einer diese lebend verlassen kann. Auch erklärte er, daß das Prinzip der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, zwischen Arbeiter und Unternehmer Harmonie herbei zu führen und den Arbeitern auf gutlichem Wege zum Siege zu verhelfen, bei den heutigen zugespitzten Verhältnissen gründlich falsch sei. Das beste Beispiel hierfür sei der jetzt tobende Bauarbeiterkampf. Einer der größten Scharfmacher erklärte: Wer den größten Beutel hat, der gewinnt, und wer zurücktritt ist verloren. Unter dieser Devise stehe der heutige Kampf. Ueber das Tarifwesen bemerkte Müller, es sei das beste Zeugnis für die Anerkennung der Stärke der deutschen Gewerkschaften. Auch erwähnte Redner von den Arbeiterschutzeinrichtungen u. a. folgendes: Die deutsche Arbeiterschaft hat seit Bestehen der Unfallversicherung (1886) bis 1908 8 1/4 Millionen Unfälle erleiden müssen. Die Krankenversicherung zahlte bis 1908 für 5,2 Mill. erkrankte Arbeiter 103,9 Mill. Mark Krankengeld. Sterbefälle gab es 85 594. Invaldität (1908) wurden 139 789 Renten anerkannt und ebenso viel abgelehnt. Ein einziges Wirtschaftsjahr lieferte mehr als fünfmal so viel Vermundete, 5 Jahre ebenso viel Tote als der deutsch-französische Krieg mit 140 000 Toten und 129 000 Vermundeten. Diese Zahlen zeigen deutlich genug, welchen Gefahren die heutige Arbeiterschaft ausgesetzt ist. Mit einem Ausruf, der Bauarbeiter zu gedenken, beendete Genosse Müller seinen Vortrag, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

f. Weipwasser. In der Zahlstellenversammlung vom 4. Juni wurde der Beschluß gefaßt, daß Mitglieder, welche im Quartal dreimal der Versammlung ohne stichhaltige Gründe fern bleiben, für 50 Pfennig und solche die im halben Jahr sechsmal unentschuldig fehlen, für 1 Mk. Streikmarken vom Kassierer entnehmen müssen. Sollte es aber vorkommen, daß Mitglieder sich weigern, die festgesetzten Strafen zu zahlen, so macht die Verwaltung von dem Recht, die Unterstützungsanträge nicht zu empfehlen, Gebrauch.

Arbeits-tafel.

M. G. D. Maria Drechsler, Malerin, geboren 22. Januar 1888, gest. 5. Juni 1910 an Lungenleiden.

Meuselbach. Karl Riesewetter, Former, geboren 28. November 1866 zu Meuselbach, gestorben 4. Juni 1910 am Magenkrebs. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 2 Wochen.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Charlottenburg. Wilh. Korzinski, Dh., Potsdamerstr. 88, 2. Quergebäude 2 Tr.

Hauen. Wf. Jos. Ludwig, Staffelnstein, Eisenbahnstr.

Oeslau bei Coburg. Wf. Gustav Großmann, Ausschneider, Mönchröden — Wf. Moriz Wipfert, Ausschneider — Schf. Christian Wohlleben, Ausschneider, Einberg — Wf. Albin Synold, Ausschneider, Annawert und Hermann Kahl, Wf.

Stützerbach. Wf. Edmund Weiß, Heidersbach — Wf. und Schf. Anton Schmanel, Waldstr. 20 — Wf. Rudolf Schramm, Manebach, sämtlich Wf.

Weipwaller. Wf. Franz Faig, Glasml., Gartenstr. 2.

Versammlungs-Anzeigen

- Amberg.** Sonnabend, 18. Juni, 8 Uhr, auf der Alm.
Berlin. Sonnabend, 18. Juni, 8 1/2 Uhr, 3 a h l s t e l l e n - V e r s a m m - l u n g, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.
Blankenhain. Sonnabend, 18. Juni, 8 1/2 Uhr, in der Krone.
Bonn. Abschluß am 6. Juli.
Callel. Sonnabend, 18. Juni, im Gewerkschaftshaus.
Döbeln. Sonnabend, 18. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Schmidt, Neugasse.
Elsterwerda. Sonnabend, 25. Juni, 7 Uhr, im Gasthof zur Sonne. Abschluß Sonntag, 17. Juli.
Frankfurt a. M. Sonnabend, 25. Juni, 8 Uhr, bei Gittfried, Große Rittergasse 56.
Fürstberg a. D. Mittwoch, 22. Juni, 8 Uhr, bei P. Schleicher.
Gräfenhal. Sonnabend, 18. Juni, 8 1/2 Uhr, im Schießhaus.
Ilmenau. Sonnabend, 18. Juni, 8 1/2 Uhr, in der Rosenau. Vortrag des Gauleiters.
München. Sonnabend, 18. Juni, im „goldenen Lamm“.
Potzchappel. Sonnabend, 25. Juni, 8 Uhr, im Hirsch. Vortrag.
Rolchüs. Freitag, 17. Juni, 6 Uhr, bei Kropp, Litz.
Schmiedefeld. Sonnabend, 18. Juni, 9 Uhr, bei Walther.
Wittenberg. Sonnabend, 18. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Karl Krüger „Zur Linde“.

Anzeigen

- Berlin.** Die Kollegen werden dringend ersucht, den für die aus- gesperrten Bauarbeiter vorläufig beschlossenen Beitrag von 1 M. im Bureau baldigst abzuliefern.
- Breslau.** Sonnabend, 25. Juni, 8 Uhr, in der „Deutschen Krone“ (früher Feldschlößchen) Weinstr.: **Oeffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung.** Vortrag über: Kapital und Arbeit.
- Marktredwitz.** Dienstag, 21. Juni, 8 Uhr, im Hotel Kaiserhof: **Monats-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Mißständen der hiesigen Vertriebe. 2. Vortrag des Genossen Dredow: Die christlichen Gewerkschaften. 3. Eventuelles. Da in der Versammlung kein Bier getrunken wird und die Verhandlungen von weittragender Bedeutung sein werden, ist ein vollständiges Erscheinen erforderlich. Die Verwaltung.

Arbeitsangebots- u. Arbeits- angebots kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
--	---------------------	---

- Hilfaldensleben.** Kollegen, welche gesonnen sind, in Alt- haldensleben in Stellung zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der hiesigen Verwaltung zu erkundigen.
- Breslau.** Kollegen, welche gesonnen sind, bei der Firma May Scholz in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich bei der hiesigen Verwaltung zu erkundigen.
- Düsseldorf.** Vor Arbeitsannahme bei **S o h m a n n** mögen sich die Kollegen bei der hiesigen Verwaltung erkundigen.
- Mengersgereuth.** Vor Arbeitsannahme hier selbst mögen sich die Kollegen bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen.
- Reustadt bei Coburg.** Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung über die in der Malerei herrschenden Zustände zu erkundigen. Die Verwaltung.
- Rheinsberg.** Maler, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Zahlstelle über die in der Malerei herrschenden Zustände zu erkundigen. Die Verwaltung.

Celtow. Da in der hiesigen Fabrik wieder die Hälfte der Dreherkollegen entlassen wurden, werden die Kollegen allerorts ersucht, Arbeitsangebote zu unterlassen und sich vor Arbeitsannahme bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen. Die Verwaltung.

Maler wird für Lackierwarenfabrik gesucht. Gefl. Offerten mit Lohnansprüchen unter N. 4864 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Schriftmaler auf Emaillechilder, speziell für Farbschrift sofort gesucht. Offerten nebst Lohnansprüchen unter N. G. erbeten. Schriftproben erwünscht.

Emaillemaler sucht Stellung, am liebsten auf Herde, eventl. auch auf Geschirr. Franz Paschen, Delligsen bei Alfeld a. d. Leine, Bahnhofstraße.

Sortierer, tüchtig in Hohl-, Flach- und Hotelgeschirr, auch Isolatoren bewandert, sucht baldigst dauernde Stellung, event. auch anderen dauernden Vertrauensposten. Offerten unter D. 3. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Glasmaler sucht Stellung. Selbiger ist gut eingearbeitet in flotte Relief- und Emaillebetone sowie Kaltmalerei und Anstrichen. Angebote unter N. D. 4863 an die Expedition der Ameise.

Glaschildermaler sucht Stellung. Offerten unter W. 2. an die Expedition der Ameise erbeten.

Dreher, eingearbeitet auf Flach- und Hohlgeschirr, sucht baldigst Stellung. Offerten unter J. G. erbeten.

Modellabgießer der auch im Retouchieren sowie im Anfertigen von leichten Scheibenmodellen bewandert ist, sucht baldigst Stellung. Offerten unter N. W. erbeten.

Schriftenmaler, der an selbständiges Arbeiten auf Emaillechilder gewöhnt ist, sucht sich zu verändern. Offerten unter B. U. erbeten.

Sortierer sucht für bald oder später dauernde Stellung, eventuell auch andere dauernde Vertrauensstellung, wie Lagerist oder Kontrolleur etc. Geneigte Angebote unter N. 1516 an die „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Reitzeitung 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorauszahlung ist Bedingung
---	---------------------------	--------------------------------

Goldschmied, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei reeller Bedienung. **Joh. Grothe,** Ahlen t. Westf., Nordenmauer 40.

Alle goldhaltigen Abfälle kauft

Martin Kaufmann



Zwickau S.
Crimmitschauer-
strasse 13

Zu den höchsten Preisen kauft ständig **Goldschmied,** **Alche,** sowie alle **goldhaltigen Sachen** bei schneller, reeller Bedienung. **Joh. Steinel,** Marktredwitz t. Bayern, Oberredwitz 22.

Osterweinst. 32.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Osterweinst. 32.

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 6.**

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmied, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Ellenberg, S.-H. Aeltestes Geschäft dieser Art.** Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Vergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtklm t. Thür.**

Herausgeg. v. Verbanne d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Red. u. Verlag: **Fritz Zietzsch,** Charlottenburg, Röntgenstraße 14.
 Druck von **Otto Goerke,** Charlottenburg, Querstraße 21.